

Scholl, Stefan: *Begrenzte Abhängigkeit. „Wirtschaft“ und „Politik“ im 20. Jahrhundert.* Frankfurt / New York: Campus Verlag 2015, 444 Seiten, € 56,00.



Dem Verhältnis zwischen „der Wirtschaft“ und „der Politik“ widmete die öffentliche Debatte gerade im Zuge der Finanz- und Staatsschuldenkrise einmal mehr erhebliche Aufmerksamkeit. Allein diese artikulierte Wortwahl zeigt schon, dass beide Bereiche zwar als voneinander getrennte und dennoch hochgradig interdependente Sphären gedacht werden. Stefan Scholl geht in seiner im Rahmen des Bielefelder Projekts „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte“ entstandenen Dissertation der Frage nach, in welchen Debatten, von welchen Akteuren und auf welche Weise das Verhältnis von Wirtschaft und Politik durch sprachliche Abgrenzung, Bedeutungszuschreibungen und Hierarchisierungen definiert wurde. Wenngleich er sich auf eine dezidiert liberal-ökonomische Perspektive konzentriert, stellt dies nicht nur aufgrund der Vielschichtigkeit der Debattenbeiträge aus Wissenschaft, Publizistik, Politik und Unternehmerschaft ein äußerst ambitioniertes Unterfangen dar. Während bei anderen zeitgeschichtlichen Studien häufig die Kürze des Untersuchungszeitraums beklagt wird, reicht dieser bei der vorliegenden Arbeit im Kern vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 1970er-Jahre, wobei Scholl deutliche

Schwerpunkte auf die Weimarer Zeit und das sogenannte „Goldene Zeitalter“ bis zum Ersten Ölpreisschock 1973 legt.

Der Autor nutzt die besondere Chance des verhältnismäßig langen Untersuchungszeitraums, um die Entwicklung dieses Diskurses über vermeintliche Zäsuren hinweg nachzuvollziehen. Aufgrund der Bedeutung der „Historischen Schule“ in den deutschsprachigen Wirtschaftswissenschaften erfolgte hier im Vergleich mit dem angloamerikanischen Raum erst allmählich eine Trennung beider Bereiche, die etwa in der Gegenüberstellung von „Staatswissenschaft“ und „Volkswirtschaftslehre“ bzw. „Nationalökonomie“ am Ende des 19. Jahrhunderts ihren Ausdruck fand. Laut Scholl stellt seither die pejorative Deutung des Politischen aus wirtschaftsliberaler Perspektive eine der zentralen Kontinuitäten bis in die Gegenwart dar. Während die Wirtschaft eine rationale Entscheidungsfindung auszeichne, wird der Politik schlechthin Irrationalität unterstellt. Zu Kategorien wie „politischer Unvernunft“, „Parteilichkeit“ und „Wahltaktik“ bilden Begriffe wie „ökonomische Sachlichkeit“ und „Störungsanfälligkeit“ einen Gegensatz, um die Eigengesetzlichkeit der Ökonomie zu betonen und sie zugleich vor dem Zugriff der Politik zu schützen. So ist die Einrichtung der Bundesbank als unabhängige Institution genau in diesem Spannungsfeld zu sehen. Selbst Bundeskanzler Adenauer eignete sich solche Argumentationsmuster an, als er – letztlich vergebens – für die Einrichtung eines Wirtschaftsrates in der Bundesrepublik warb, da dieser „wirklich wirtschaftspolitisch denkt und nicht wie der Bundestag nur parteipolitisch“ (S. 261).

Überhaupt stellt das Adjektiv „parteipolitisch“ eine Art negativer Superla-

tiv dar, zu dem sich während der Weimarer Zeit die Beschreibung „staatspolitisch“ immer mehr als Gegenbegriff etablierte. So wurde die Forderung nach einem „starken Staat“, der über der Parteipolitik stehen sollte und damit eine neue Dimension der Grenzziehung darstellte, auch für Wirtschaftsliberale akzeptabel. Sie arrangierten sich mit dem „Primat der Politik“ im NS-Staat, da dieses weniger eine „totale“ Lenkung wirtschaftlicher Prozesse, sondern eher deren Einbindung unter „politische“ Ziele meinte. Zwar überzeugt es, wie der Autor sein Argument aus zeitgenössischen Beiträgen entwickelt, doch hätte man sich gerade in diesem Abschnitt eine stärkere Positionierung in der bisherigen Forschung gewünscht.

Scholl selbst verortet seine Untersuchung an der Schnittstelle von Diskursanalyse und Historischer Semantikforschung. Doch ist es ihre Stärke, dass sie eben nicht nur auf der diskursiven Ebene verbleibt, sondern den konkreten Auswirkungen dieser begrifflichen Grenzziehung nachspürt. So stellt die Folgerung der Unternehmerschaft, sich aufgrund der „Politisierung des Ökonomischen“ selbst stärker politisch engagieren zu müssen, eine zweite zentrale Kontinuität während der Zwischenkriegszeit und der Bundesrepublik dar. Für die Jahre „nach dem Boom“, also die Zeit seit den großen Krisen der 1970er-Jahre, präsentiert der Autor in einem Ausblick eine bemerkenswerte Analyse, die dem häufig vermuteten Umbruchcharakter dieser Epoche widerspricht. Vielmehr perpetuierten Aussagen wie etwa 1979 von Helmut Kohl getätigt, der von einer „im Grunde hybride[n] Überschätzung der Möglichkeiten von Politik“ (S. 342) sprach, die Trennung beider Sphären. Die Public

Choice-Theorie verlieh Kritik am demokratischen System, wonach ein solches nicht zu einer rationalen politischen Steuerung des Ökonomischen fähig sei, zusätzliche wissenschaftliche Tiefe. Als „gute“ Politik galt gerade unter den Bedingungen einer Hinwendung zur Angebotspolitik und im Zeichen der Globalisierung eine solche, die günstige Bedingungen für die Entfaltung des Ökonomischen schafft und ansonsten deren Eigengesetzlichkeit akzeptiert. Damit, so das Fazit des Autors, blieben „[g]rundlegende Semantiken der Trennung bei gleichzeitigem Aufeinander-Angewiesen-Sein [...] bestimmend“ (S. 358).

Scholls Buch zeigt beispielhaft, was eine kulturgeschichtlich erweiterte Politikgeschichte leisten kann und erinnert zugleich den Leser daran, auch in aktuellen Debatten kritisch zu hinterfragen, wer welche Begriffe wie besetzt und vor allem welche Interessen hinter solchen Grenzziehungen stehen.

RUDOLF HIMPSL

---